Rhein-Kreis Neuss

NIEDERSCHRIFT

über die **6.** Sitzung

des Ausschusses für Soziales und Wohnen

(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung:	**31.05.2022**
Ort der Sitzung:	GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich Kreissitzungssaal (1. Etage) Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich (Tel. 02181/601-2172) Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:27 Uhr
Den Vorsitz führte:	Katharina Reinhold

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Uwe Amelungk
2. Frau Barbara Brand
3. Herr Jakob Beyen — Vertretung für Herr Heiner Cöllen
4. Herr Thomas Jung
5. Frau Sabine Prosch — Vertretung für Frau Sabina Kram
6. Herr René Daners — Vertretung für Herr Mario Loebelt
7. Frau Katharina Reinhold
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Frau Annika Bongartz
11. Frau Sabine Kühl
12. Herr Leif Eric Lüpertz
13. Frau Birgit Burdag — Vertretung für Frau Doris Rexin-Gerlach
14. Herr Rainer Schmitz

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Herr Janis Bonn — Vertretung für Frau Mirjam Crespin

16. Frau Swenja Krüppel
17. Frau Marianne Michael-Fränzel
18. Frau Angela Stein-Ulrich
19. Herr Hermann-Josef Wienken

- **FDP-Fraktion**

20. Herr Jan Günther
21. Herr Dirk Rosellen

- **AfD-Fraktion**

22. Herr Dr. Kai Rohs

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

23. Herr Harald Holler — Vertretung für Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

24. Herr Bernd Gellrich
25. Frau Gertrud Servos — Vertretung für Herr Bülent Öztas
26. Frau Barbara Shahbaz

- **Verwaltung**

27. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
28. Frau Brigitte Carl-Hosse
29. Frau Ulrike Weyerstraß
30. Herr Christian Böhme
31. Herr Carsten Paetau
32. Frau Sophia Rothausen
33. Frau Ina Tichy

- **Schriftführer**

34. Herr Adalbert Kuszynski
35. Herr Till Brebeck

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
2.	Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger	4
3.	Wechsel der Schriftführung Vorlage: 50/1372/XVII/2022	4
4.	Vorstellung Wegweiser-Projekt Vorlage: 50/1377/XVII/2022	4
5.	Pflege	5
5.1.	Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan zur Gewinnung von Pflegekräften Vorlage: 50/1407/XVII/2022	5
5.2.	Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes Vorlage: 50/1369/XVII/2022	6
6.	Mitteilungen	6
6.1.	Sachstand Erstellung eines Kreisentwicklungskonzepts Inklusion Vorlage: 50/1384/XVII/2022	6
6.2.	Entwicklung eines Konzeptes für „Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1370/XVII/2022	6
6.3.	Mindestlohn in der Pflege Vorlage: 50/1408/XVII/2022	7
6.4.	Sachstand einrichtungsbezogene Impfpflicht Vorlage: 50/1368/XVII/2022	7
6.5.	Sachstand Ukraine Vorlage: 50/1371/XVII/2022	7
6.6.	Fortführung des Projekts "Kompass D" Vorlage: 50/1340/XVII/2022	9
6.7.	Sachstand Geflüchtete Vorlage: 50/1409/XVII/2022	9
6.8.	Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe durch das Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz (§ 145 neu SGB XII) Vorlage: 50/1411/XVII/2022	9
7.	Anträge	9
8.	Anfragen	9

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und hieß alle Mitglieder sowie Presse, Kreisdirektor, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter willkommen. Zudem stellte sie die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold stellte fest, dass sachkundige Bürgerinnen und Bürger nicht zu verpflichten seien.

3. Wechsel der Schriftführung
Vorlage: 50/1372/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold stellte die Beschlussvorlage, Herrn Till Brebeck zum Schriftführer ab der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen zu ernennen, vor.

Beschluss:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

4. Vorstellung Wegweiser-Projekt
Vorlage: 50/1377/XVII/2022

Protokoll:

Ein Team der AWO Rhein-Kreis Neuss e. V. stellte das Programm „Wegweiser – gemeinsam gegen Islamismus" anhand einer Präsentation vor.
Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch, erläuterte das Team, dass die Moschee-Gemeinden auch zu den Netzwerkpartnern zählen und zu der Kontaktperson-Muslimischer-Institution (KMI), welche bei der Polizei angegliedert ist, regelmäßiger Kontakt bestehe. Die KMI fungiere als Türöffner zu den örtlichen Moschee-Gemeinden. Das Programm gehe auf Vereine zu und biete die Zusammenarbeit an. Für Angehörige und Betroffene werde ein breites Beratungsangebot angeboten.

Ausschussmitglied Ladeck erkundigte sich nach der Intensität der Zahlen für den Rhein-Kreis Neuss, da lediglich die Zahlen für Nordrhein-Westfalen vorgestellt wurden. Das Team erläuterte, dass aufgrund der Sensibilität ortsbezogene Zahlen nicht veröffentlicht werden. Jedoch gebe es keine Ballungsräume für Radikalisierte, die Kontaktpflege der Netzwerke hätte sich digitalisiert. Außerdem erfragte er, ob Gründe bekannt seien, welche zu einer Radikalisierung nach der Einreise führen würden. Erläutert wurde, dass eine Radikalisierung aus einer gefühlten Ungleichbehandlung resultiere, manche ethnische Gruppen würden bevorzugt behandelt, daraus ergebe sich oft ein Radikalisierungspotential.

Das Landesministerium des Innern hat das Programm initiiert, konzipiert und finanziere das Programm in Gänze, so die Erläuterung des Teams auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch. Die Umsetzung obliegt zivilrechtlichen oder kommunalen Trägern (u. a. Ordnungsämtern). Eine Expertise - zu weniger bekannten Gruppierungen oder Strömungen und Richtungen - werde vom Ministerium angeboten. Außerdem bestehe die allgemeine Bürgerpflicht, den Verfassungsschutz in bestimmten Fällen zu beteiligen.
Die Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden sei gut, insbesondere der Tatsache geschuldet, dass die Klienten die Beratungsstelle selten aus eigener Veranlassung aufsuchen würden. Im ländlichen Raum erschwere die Allokation die Zusammenarbeit, dies sei jedoch im Rhein-Kreis Neuss nicht gegeben.
Stellvertretendes Beratungsmitglied Servos erfragte, ob der niedrige Frauenanteil an einer höheren Ausstiegsbereitschaft der Frauen liege. Dies habe sich bisher nicht gezeigt, der Frauenanteil steige – u. a. aufgrund der zunehmenden Anzahl an Rückkehrerinnen – jedoch sei der relative Anteil an Aussteigerinnen dem der Aussteiger im Rhein-Kreis Neuss annähernd. Infolge des steigenden Frauenanteils, steige der Anteil an jüngeren Kindern.

5. Pflege

5.1. Umsetzungssachstand 10-Punkte-Plan zur Gewinnung von Pflegekräften
Vorlage: 50/1407/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold erörterte den Kontext zu diesem Tagesordnungspunkt, verwies auf die am Vorabend versandte Tischvorlage und erteilte Kreisdirektor Brügge das Wort. Kreisdirektor Brügge bat die späte Übersendung der Vorlage zu entschuldigen und wies darauf hin, dass das Programm der Fachkräftegewinnung nicht nur den 10-Punkte-Plan umsetzen, sondern auch den Antrag bunte Pflege berücksichtigen solle.
Ausschussmitglied Kühl erinnerte an die seinerzeit eingebrachte Kritik an der Altersbegrenzung von KiTa Plätzen für Kinder von jungen Pflegekräften unter 30 Jahren, gewünscht sei die Altersbegrenzung aufzuheben. Kreisdirektor Brügge wies auf den gestellten Antrag hin, die Verwaltung dürfe einen gestellten Antrag nicht eigenmächtig umformulieren, dies müsse in den politischen Beratungen erfolgen.
Ausschussmitglied Kühl wünschte eine Umformulierung der Beschlussempfehlung, ansonsten würde die Fraktion der Beschlussempfehlung folgen. Gewünscht sei eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Soziales und Wohnen. Ausschussvorsitzende Reinhold bestätigte, die fortlaufende Berichterstattung des Umsetzungsstandes.
Ausschussmitglied Krüppel bekundete ihr Interesse an der Vorlage und erkundigte sich, ob die Wohlfahrtsverbände und der Bunte-Tisch-Pflege eine Stellungnahme abgegeben hätten. Die Beratungszuständigkeit sei nicht offenkundig. Ausschussmitglied Ladeck erläuterte, dass die Beratungen am Bunten-Tisch-Pflege bereits stattgefunden hätten, wünschenswert wäre eine breitere Teilnahme seitens der Politik.
Ausschussmitglied Ladeck monierte die Vorgehensweise seitens Ausschussmitglied Kühl und warb um Verständnis für die erhebliche Arbeitsbelastung der Verwaltung.
Ausschussmitglied Bartsch wiederholte die Zustimmung seiner Fraktion, es fehle die Auslandsakquise. Die Gesamtsituation solle betrachtet werden, es sei sicherzustellen dass geworbenen Pflegekräften bezahlbarer Wohnraum und ausreichend Kita Plätze zur Verfügung stünden. Kreisdirektor Brügge erläuterte den Anwesenden, dass die Umsetzung des 10-Punkte-Plans Pflege schrittweise erfolge.

Ausschussmitglied Lüppertz wünschte eine Beteiligung der Wohlfahrt an der Weiterentwicklung des Konzeptes, da die Wohlfahrt an der Gewinnung neuer Pflegekräfte erhebliches Interesse hätte.
Ausschussmitglied Wienands erinnerte an einen älteren Antrag zur Gewinnung von Wiedereinsteigerinnen, sie wünschte eine gesonderte Erfassung dieser Zielgruppe.
Kreisdirektor Brügge nahm den Wunsch auf und sicherte eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

5.2. Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes Vorlage: 50/1369/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold leitete das Thema ein und übergab Ausschussmitglied Bartsch das Wort, dieser erkundigte sich, ob Besuche in Werkstätten stattgefunden hätten und wie die bisherige Erfahrung sei. Herr Böhme wies darauf hin, dass die Beantwortung erst nach Inkrafttreten des Gesetzes zum 01. Januar 2023 beantwortet werden könne.

6. Mitteilungen

6.1. Sachstand Erstellung eines Kreisentwicklungskonzepts Inklusion Vorlage: 50/1384/XVII/2022

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge berichtete, dass der Landrat die Dezernate zur Bedarfsermittlung angewiesen hätte. Auf Basis dieser Zusammenführung entscheide der Landrat über die Federführung dieses Konzeptes. Offenkundig sei, dass alle Dezernate von dem Thema Inklusion betroffen seien. Das Dezernat des Kreisdirektors werde bei den Themen Sport, Soziales, Entwicklungs- und Landschaftsplanung tangiert.
Ausschussmitglied Krüppel dankte Kreisdirektor Brügge für seine Ausführungen und erkundigte sich, zu welchem Zeitpunkt die Bedarfsermittlung bei den Bedürftigen erhoben werde. Kreisdirektor Brügge wies darauf hin, dass diese Erhebung der Vorbereitende Schritt in der Sachverhaltsdarstellung sei. Die weiteren Bedarfsermittlungen werden im Anschluss angestoßen.

6.2. Entwicklung eines Konzeptes für „Präventive Hausbesuche" bei Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1370/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold stellte die Vorlage vor und übergab Ausschussmitglied Bartsch das Wort. Ausschussmitglied Bartsch bedankte sich bei der Verwaltung für die bisherige Umsetzung, die Mitwirkungsbereitschaft der Stadt Korschenbroich und erkundigte sich nach der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Stadt und der Diakonie.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass die Fragebögen an die betroffenen Personen versendet wurden, anschließend werde mit den Hausbesuchen begonnen.
Ausschussmitglied Ladeck bat um die Berücksichtigung der örtlichen Seniorenbeauftragten.
Herr Gellrich von der Diakonie berichtete, dass die Verbände die Standorte im Rhein-Kreis Neuss für die Seniorenberatung aufgeteilt hätten. In der Stadt Korschenbroich biete die Diakonie die Beratungen an. Er bat um Verständnis, dass im Falle eines stark steigenden Beratungsbedarfs, sie mit den aktuellen personellen Kapazitäten einem Ansturm nicht gerecht werden können. Dafür seien weitere Gespräche und Unterstützung der Stadt Korschenbroich notwendig.
Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Krüppel sicherte Kreisdirektor Brügge eine Anschlussfinanzierung zu, sollte diese notwendig werden.

6.3. Mindestlohn in der Pflege
Vorlage: 50/1408/XVII/2022

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

6.4. Sachstand einrichtungsbezogene Impfpflicht
Vorlage: 50/1368/XVII/2022

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

6.5. Sachstand Ukraine
Vorlage: 50/1371/XVII/2022

Protokoll:

1. Erkennungsdienstliche Behandlung in den Räumlichkeiten des Rhein-Kreis Neuss

Kreisdirektor Brügge stellte aktuelle Daten aus der Erkennungsdienstlichen Erfassung in der Zeit vom 09. Mai 2022 bis zum 21. Mai 2022 vor. Das Ministerium für Kinder, Familie, Frauen und Integration stellte fünf PIK-Stationen (Personalisierungs-Infrastruktur-Komponente) zur Verfügung.
1310 Personen wurden für die erkennungsdienstliche Behandlung in dem vorgenannten Zeitraum eingeplant, davon wurden 807 Personen angeschrieben, 503 Personen haben zur Regelung des Aufenthaltes elektronisch einen Termin gebucht. Dieser Personenkreis wurde vor der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis zur erkennungsdienstlichen Behandlung umgeleitet. 1033 Personen konnten erkennungsdienstlich behandelt werden.

Derzeit leben insgesamt 1240 erkennungsdienstlich behandelte geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde des Rhein-Kreises Neuss.
Im Verhältnis zu den im Rhein-Kreis Neuss lebenden geflüchteten Menschen (2104 Personen, Stand 25.05.2022) liegt die Erfüllungsquote bei der erkennungsdienstlichen Behandlung bei 58,93 %.

In der Zeit vom 31.05.2022 bis 03.06.2022 werden weitere geflüchtete Menschen in der

Erstaufnahmeeinrichtung Mönchengladbach registriert werden können. Pro Tag können maximal 150 Personen dort erkennungsdienstlich behandelt werden; insgesamt 600 Personen. Alle weiteren Personen werden im Regelgeschäft mit einer PIK-Station erfasst werden.

Kreisdirektor Brügge bedankte sich insbesondere bei er Ausländerbehörde und bei der IT-Abteilung für die schnelle Reaktion und Aufarbeitung des großen Arbeitsaufwandes.

2. Aufenthaltserlaubnisse

Bisher wurden 307 Aufenthaltserlaubnisse erteilt und an die Antragsteller ausgehändigt, 297 Aufenthaltserlaubnisse wurden erteilt und liegen zur Aushändigung bei der Ausländerbehörde bereit.

3. Leistungsrecht

Kreisdirektor Brügge erläuterte den Arbeitsaufwand durch die juristische Weiterleitung der Menschen aus dem System des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in die Systeme des SGB II bzw. SGB XII. Außerdem erläuterte Kreisdirektor Brügge die finanziellen Belastungen für den Rhein-Kreis Neuss im SGB II. Für die KdU (Kosten der Unterkunft und Heizung) im SGB II erfolgt eine Bundesbeteiligung i. H. v. 62,8%, die verbleibenden Aufwendungen tragen die Städte, die Gemeinde und der Rhein-Kreis Neuss je zur Hälfte. Die Aufwendungen im 3. Kapitel SGB XII trägt der Rhein-Kreis Neuss in voller Höhe; erste Schätzung belaufen sich ca. 140.000 € monatlich. Die Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII erfolgen in Bundesauftragsverwaltung. Die Krankenbehandlungskosten für das 3. und 4. Kapitel trägt der Rhein-Kreis Neuss, eine Hochrechnung auf Basis der Abrechnungswerte in 2021 können monatliche Aufwendungen i. H. v. 1 Mio. € je Quartal entstehen.

Für die Städte und die Gemeinden entstehen Verpflegungskosten z. B. 20 € je Tag und Person für die Personen welche in einer Sammelunterkunft untergebracht sind. Monatlich ergibt sich ein Durchschnittsbetrag von 600 € je Person, der für Ernährung enthaltene Betrag im Regelsatz beträgt ca. 160 €, daraus ergibt sich ein nicht refinanzierbarer Fehlbetrag i. H. v. 440 €.

Ausschussmitglied Bartsch bedankte sich bei der Ausschussvorsitzenden, dem Kreisdirektor, den Verwaltungsmitarbeitern und erkundigte sich nach der Unterbringungsmöglichkeit der geflüchteten Frauen und Kinder in Wohnungen.
Kreisdirektor Brügge berichtete, dass die Sozialdezernentin und -dezernenten intensiv daran arbeiten die Sammelunterkünfte zu räumen.

Des Weiteren wies Kreisdirektor Brügge auf die steigende Arbeitslosenquote hin, da die Menschen aus der Ukraine nun in dem System erfasst würden. Dies sei bei denn in naher Zukunft steigender Arbeitslosenquote zu beachten, aber kein Grund zur Beunruhigung.
Ausschussmitglied Stein-Ulrich erfragte nach der Möglichkeit einer Beschäftigung für eine Altenpflegehelferin, welche in der Ukraine das Renteneintrittsalter (Männer 60, Frauen 57,5 Jahre) erreicht habe, aber dennoch arbeiten möchte.

Kreisdirektor Brügge wies auf die gesetzliche Regelung im SGB II hin, wonach keine Person Leistungen erhalte, wenn sie eine Rente wegen Alters erhalte (§ 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II). Jedoch sei den Menschen freigestellt eine Beschäftigung auch über das Renteneintrittsalter hinaus nachzugehen, es sei zu beachten, dass ein Anspruch auf Markt und Integration nicht bestehe.

Ausschussmitglied Kühl erkundigte sich nach der Problembehandlung bei der Kontaktaufnahme des Jobcenters mit den Menschen aus der Ukraine, da viele privat Untergebrachte kein Namensschild auf dem Briefkasten angebracht hätten. Laut Ausführung des Kreisdirektors Brügge werde diese Herausforderung bereits gelebt. Um eine Zustellung zu gewährleisten, werde intensiv beworben, dass die Personen ein Namensschild anbringen oder ein c/o bei ihrer Adresse angeben sollen.

6.6. Fortführung des Projekts "Kompass D"
Vorlage: 50/1340/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Reinhold stellte die Beschlussvorlage vor. Wortmeldungen gab es bei diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Beschluss:

Die Fortführung des Projektes wurde einstimmig bis zum 31.07.2023 beschlossen.

6.7. Sachstand Geflüchtete
Vorlage: 50/1409/XVII/2022

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

6.8. Landesrechtliche Umsetzung des Sofortzuschlages für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe durch das Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz (§ 145 neu SGB XII)
Vorlage: 50/1411/XVII/2022

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

7. Anträge

Protokoll:

Es wurden keine Anträge gestellt.

8. Anfragen

Protokoll:

Anfragen wurden ebenfalls nicht gestellt.

Ausschussvorsitzende Reinhold schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:12 und bat die Gäste sich zu verabschieden.

Katharina Reinhold
Vorsitz

Adalbert Kuszynski
Schriftführung

AWO Rhein-Kreis Neuss e.V.

WEGWEISER GEMEINSAM GEGEN ISLAMISMUS
IM RHEIN-KREIS NEUSS

AWO 100 Bezirksverband Niederrhein e.V.

Herzlich Willkommen

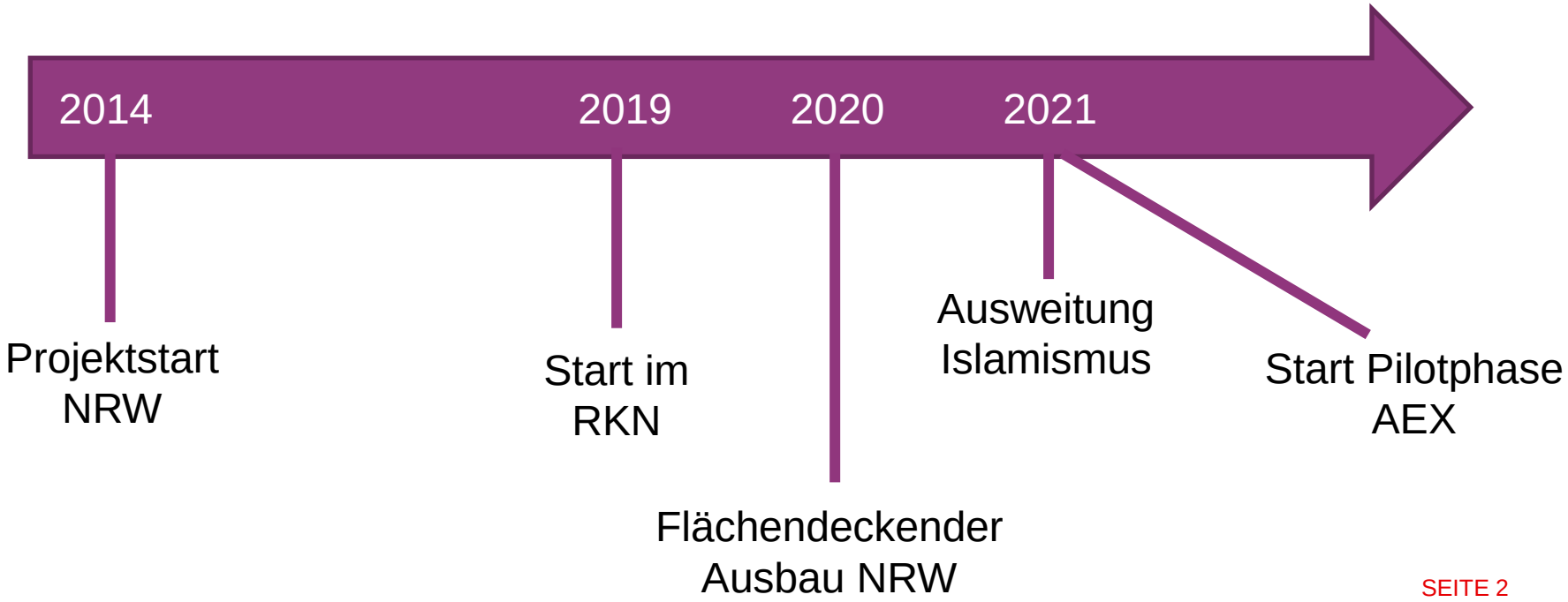
zur

Vorstellung des Programms

„Wegweiser – gemeinsam gegen Islamismus“ im RKN

Bezirksverband Niederrhein e.V.

Wegweiser – Präventionsprogramm Entwicklung



Bezirksverband Niederrhein e.V.

Wegweiser-Beratungsstellen

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

WEGWEISER IN NORDRHEIN-WESTFALEN

GEMEINSAM GEGEN GEWALTBEREITEN SALAFISMUS

Bezirksverband
Niederrhein e.V.

WEGWEISER

GEMEINSAM
GEGEN
ISLAMISMUS

IM RHEIN-KREIS NEUSS

Zielsetzung

Angebote

- schafft einen Raum für vertrauliche & sensible Gespräche
- bietet individuelle Hilfe bei der Lösung von Problemen
- bindet bei Bedarf Expert*innen in den Lösungsprozess ein
- begleitet den gesamten Beratungsprozess unentgeltlich
- berät das soziale Umfeld von Betroffenen (z.B. Eltern, Freund*innen, Lehrkräfte)

Zielgruppen

- Wegweiser richtet sich an jede Person, die sich an Wegweiser richtet

Personen, die den ersten Kontakt zur Szene geknüpft haben

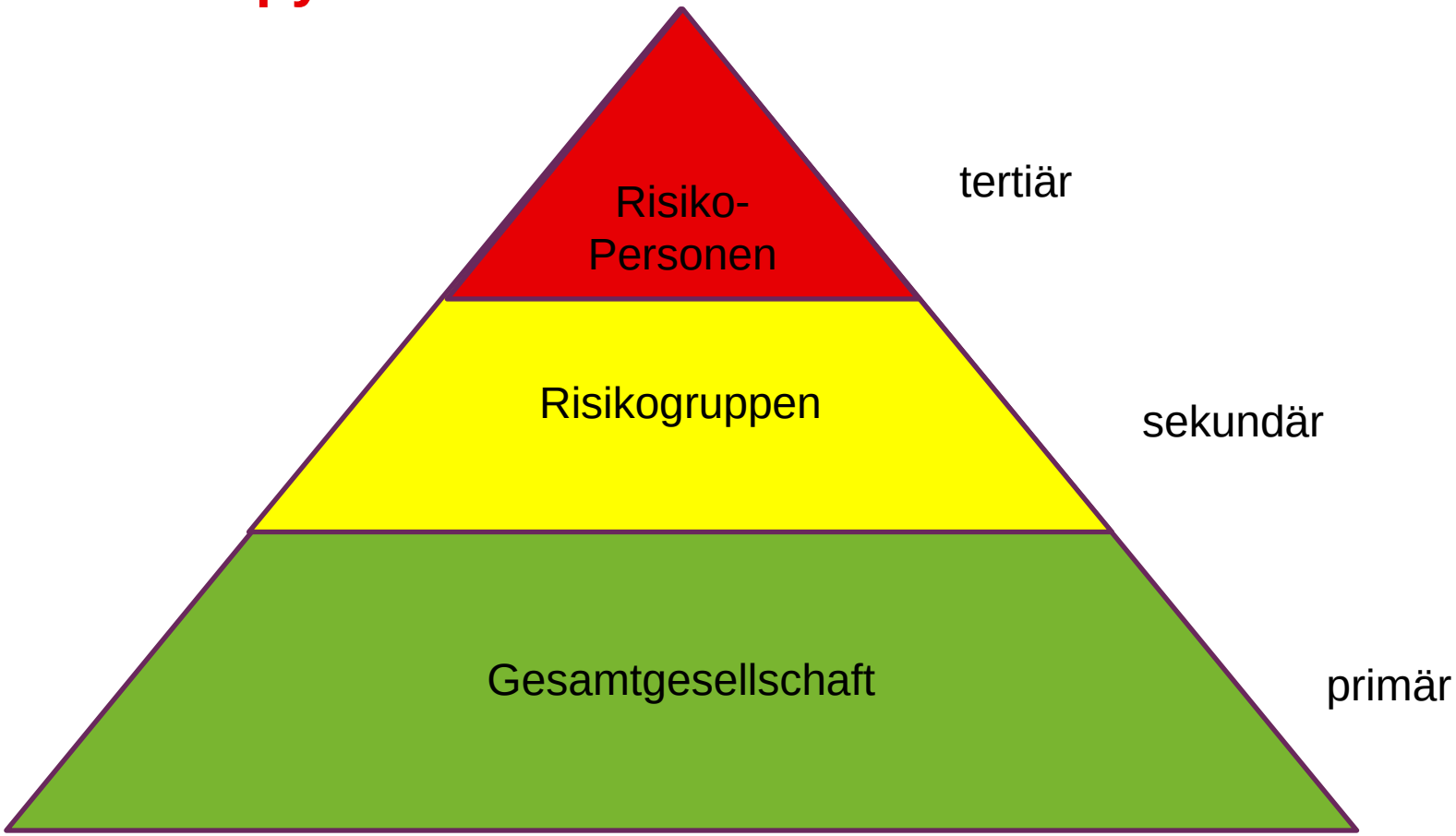
Familienangehörige & soziales Umfeld

Lehrer*innen, Schüler*innen, Sozialarbeiter*innen

Institutionen, Vereine, Gemeinden

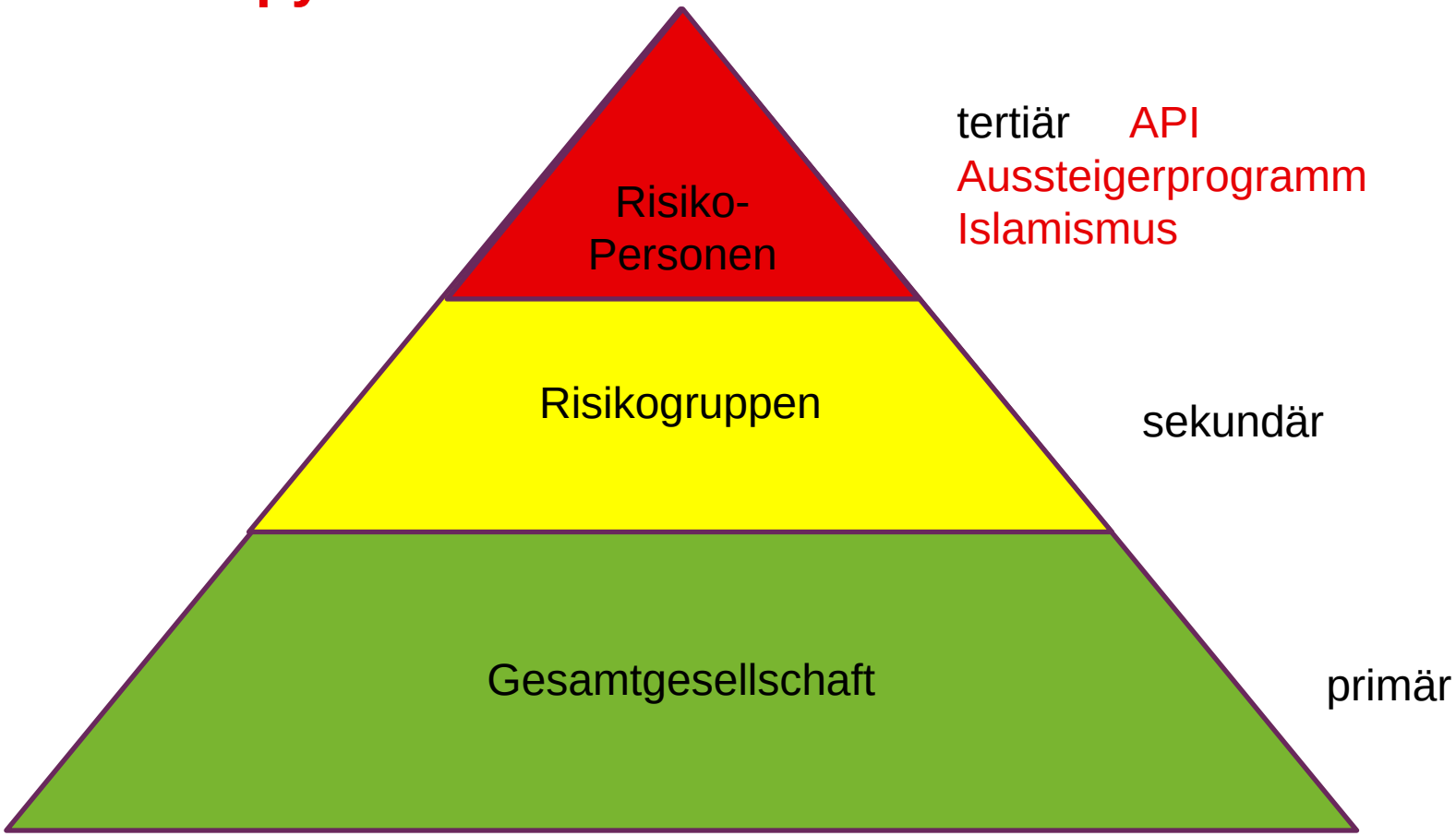
→ Das Programm lebt von der lokalen Netzwerkarbeit

Präventionspyramide



Bezirksverband Niederrhein e.V.

Präventionspyramide



Netzwerkarbeit Wegweiser RKN

- Sensibilisierungsarbeit

  → Workshops, Fortbildungen, Vorträge
- Multiplikator*innen
- Aufklärung
- Zusammenarbeit und Kooperation mit lokalen Akteur*innen

  → z.B. Polizei (KMI)
- Verweisberatung

  → Psycholog*innen, Jobcenter, Frauenhaus usw.
- Gezielte Kontaktaufnahme für Vernetzung

Bilanz des Wegweiser Programmes seit 2014

28.551
Anfragen die das
Programm erreicht haben

5490
Sensibilisierungs-
veranstaltungen

1189
Begleitungen von
Einzelfällen
(74% m, 26% w)

IM NRW 2021

Bezirksverband Niederrhein e.V.

Zahlen und Statistiken (Stand: 2020)

Salafismus - Personenpotential		
	NRW	Bund
2011	500	3.800
2019	3.200	11.950

Salafismus - Strukturen	
	NRW
Frauen	576 (18%)
Konvertiten	128 (4%)
Migrationshintergrund	3.072 (96%)
Anteil Flüchtlinge	220 (7%)

Gewaltorientierte Salafisten	
	NRW
Insgesamt	770 (24%)

Quellen:
IM NRW 2020/2021

unterstützt durch das | Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

AWO 100 | Bezirksverband Niederrhein e.V.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

AWO Rhein-Kreis Neuss e.V.

info@wegweiser-rheinkreisneuss.de
www.wegweiser-rheinkreisneuss.de
Hotline: 02131 / 1539822